



## ***Stoppt die Unmenschlichkeit an Europas Grenzen!***

### Leitfaden zur Kampagne

#### **Einleitung**

Dieses Dokument dient als Leitfaden für Unterstützer einer Kampagne, die darauf abzielt, die Brutalität zu beenden, der flüchtende, asylsuchende und migrierende Menschen auf ihrem Weg nach Europa ausgesetzt sind. Die Kampagne fordert Staaten auf, die grausamen und illegalen Praktiken zu beenden, die das Leben dieser Menschen gefährden. Diese Praktiken bringen die demokratischen Institutionen Europas in Verruf und stellen die grundlegenden Werte in Frage, für die Europa angeblich steht.

Die Kampagne stützt sich auf eine kollektive Forderung (KF), die im Januar 2024 veröffentlicht werden soll. Die KF wurde bereits von mehr als 50 zivilgesellschaftlichen Organisationen unterzeichnet, die über ein breites Spektrum an relevanter Erfahrung und Fachwissen verfügen.

Die folgenden Abschnitte sollen den unterzeichnenden Organisationen als Orientierungshilfe bei etwaigen Fragen dienen, die im Zusammenhang mit der Kampagne insgesamt und spezifischen Elementen der KF aufkommen können. Auch wenn sich die unterzeichnenden Organisationen in ihren konkreten Interessen und Aktivitäten unterscheiden, so sind sich alle in der Forderung nach einer humanen Behandlung von migrierenden und flüchtenden Menschen einig.

#### **Warum ist die Kampagne notwendig?**

Überall auf der Welt erfahren migrierende, flüchtende und asylsuchende Menschen grausame und illegale Misshandlungen. Dabei verletzen einige europäische Staaten systematisch die Rechte von Menschen, die vor Verfolgung, bewaffneten Konflikten, Katastrophen und Elend fliehen. An den europäischen Grenzen sind diese Menschen einer ständigen Bedrohung durch Not, Inhaftierung, Ausbeutung, körperlicher Gewalt und Missachtung ihrer Grundrechte ausgesetzt. In den schlimmsten Fällen verlieren sie an Land oder auf See ihr Leben. Derartige Missstände müssen ein Ende haben. Alle Menschen müssen anständig, human und auf zivilisierte Weise behandelt werden.

#### **Pushbacks**

Die KF fordert die europäischen Staaten auf, Pushbacks und Zurückweisungen an Land und auf See unverzüglich zu beenden. Für die Zwecke dieser Kampagne werden Pushbacks als Situationen definiert, in denen die Behörden oder Vertreter eines Staates oder einer zwischenstaatlichen Organisation Menschen gewaltsam daran hindern, das Hoheitsgebiet des Landes zu betreten, ungeachtet der negativen Folgen für diese Menschen hinsichtlich ihrer Sicherheit, ihrer Würde und Verletzungen ihrer Menschenrechte.

Pushbacks stellen einen grundlegenden Verstoß gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung (Non-Refoulement Prinzip) dar. Das Non-Refoulement Prinzip ist ein Schlüsselement des Völkerrechts, das die Rückführung von Menschen in ein Land, in dem ihnen Verfolgung droht, verbietet und eine Einzelfallprüfung erfordert, um die Anwendung dieses Grundsatzes festzustellen.

Jede Maßnahme, die eine Person zur Rückkehr in ein Land zwingt, ohne ihr die Möglichkeit zu geben, zu erklären, warum sie nicht dorthin zurückgeschickt werden sollte, stellt einen Verstoß gegen dieses grundlegende Prinzip dar. Gleichzeitig stellen Pushbacks eine unmittelbare Bedrohung für Menschenleben dar, insbesondere wenn sie auf hoher See oder in abgelegenen Grenzgebieten stattfinden und von schlecht ausgebildeten Sicherheitskräften und Milizen durchgeführt werden.

### **Inhaftierung**

Die Kampagne weist darauf hin, dass eine willkürliche Inhaftierung für migrierende und flüchtende Menschen unweigerlich zusätzlichen Stress und Traumata bedeutet. Eine Inhaftierung kann als letztes Mittel und unter ganz bestimmten Umständen notwendig sein, solange sie zeitlich begrenzt ist, unter humanen Haftbedingungen stattfindet und internationalen Standards entspricht.

Die Kampagne weist auch darauf hin, dass es viele praktikable Alternativen zur Inhaftierung gibt und fordert die Staaten auf, diese zu nutzen. Insbesondere müssen Staaten und andere Akteure davon absehen, besonders schutzbedürftige Personen wie Kinder, ältere Menschen, Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen sowie Menschen, die medizinische Hilfe benötigen, in Haft zu nehmen.

### **Seenotrettung**

Die Kampagne fordert die Staaten auf, sicherzustellen, dass Menschen aus Seenot gerettet und schnell an sichere Orte gebracht werden können, wo ihr Bedarf an Schutz und Hilfe festgestellt und gedeckt werden kann. Die Staaten sind außerdem dazu angehalten, die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NROs) im Bereich der Seenotrettung zu erleichtern und alle ihnen auferlegten Beschränkungen aufzuheben, wie z.B. die Verpflichtung, Passagiere an Orte auszuschiffen, die weit vom Ort der Rettung entfernt sind.

Nach internationalem Recht, insbesondere dem Seerecht, sind Schiffskapitäne und -kapitäninnen verpflichtet, Menschen aus Seenot zu retten. Es ist völlig inakzeptabel, dass Regierungen versuchen, Schiffe an der Durchführung solcher Rettungsaktionen zu hindern, und es ist ebenso inakzeptabel, dass Regierungen den Geretteten das Recht verweigern, in einem sicheren Hafen von Bord zu gehen.

Alle europäischen Staaten sind verpflichtet, das Recht auf Asyl zu respektieren, und sollten daher die in den letzten Jahren eingestellten staatlichen Such- und Rettungsaktionen wieder aufnehmen und die Such- und Rettungsinitiativen von NROs im Mittelmeer unterstützen, anstatt sie zu behindern.

### **Zwischenstaatliche Grenzkontrollabkommen**

Wenn Grenzkontrollabkommen zwischen europäischen und außereuropäischen Staaten zu einer menschenrechtswidrigen Behandlung von Flüchtlingen und anderen migrierenden Menschen führen, müssen diese Abkommen gekündigt werden. Die zuständigen

internationalen Organisationen, einschließlich UNHCR und IOM, müssen uneingeschränkten Zugang zu allen schutz- und hilfsbedürftigen Personen in außereuropäischen Ländern erhalten und ihnen Hilfe leisten dürfen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Europäische Union der mit Milizen verbundenen libyschen "Küstenwache" operative Unterstützung und nachrichtendienstliche Informationen zur Verfügung stellt, die es ihr ermöglichen, Menschen auf See abzufangen und nach Libyen zurückzubringen, wo sie in offiziellen und inoffiziellen Haftzentren festgehalten werden und routinemäßig gefoltert, modernen Formen der Sklaverei und sexuellem Missbrauch ausgesetzt sind.

Solche Abkommen verstoßen gegen die Verpflichtung aller EU-Staaten, internationale Flüchtlings- und Menschenrechtsbestimmungen zu achten und dabei alles zu unterlassen, was zu einer grausamen und unmenschlichen Behandlung von Menschen führt. Die Kampagne fordert die europäischen Staaten außerdem auf, bestehende Abkommen zu kündigen und keine neuen Abkommen abzuschließen, die es ermöglichen, Asylsuchende in außereuropäische Staaten zu überstellen und dort zwecks Statusfeststellung und/oder dauerhafter Niederlassung festzuhalten, insbesondere wenn dies unter inhumanen Bedingungen erfolgt.

Die Kampagne ist besorgt über das Ausmaß, in dem europäische Staaten Grenzkontrollen innerhalb Europas wieder einführen und damit frühere Errungenschaften der Freizügigkeit zunichtemachen. Während Staaten ein legitimes Interesse an der Sicherung ihrer Grenzen haben, hat die Erfahrung gezeigt, dass es zu Missbrauch und Menschenrechtsverletzungen kommen kann, wenn Grenzkontrollen verstärkt und militarisiert werden, um schutzbedürftige Menschen auszuschließen.

### **Wiedergutmachung und Entschädigung bei staatlich verursachtem Schaden**

Die Kampagne appelliert an die europäischen Staaten, alle Praktiken zu unterlassen, die die Rechte von migrierenden und flüchtenden Menschen verletzen und ihnen schaden. Darüber hinaus fordert die Kampagne Regierungen auf, den Opfern und ihren Familien angemessene Rechtsmittel zu Verfügung zu stellen und materielle Entschädigung zu gewährleisten.

Vorfälle, die den Tod, die Verletzung, die Kriminalisierung und die Inhaftierung von migrierenden und flüchtenden Menschen zur Folge haben, müssen von einer geeigneten und unabhängigen Justizbehörde untersucht werden. Verantwortliche Regierungsvertretungen und Beamte müssen für ihre Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden, damit die Opfer solcher Übergriffe Zugang zur Justiz erhalten.

Der Kampagne ist eine Reihe von Fällen aus jüngster Zeit bekannt, in denen Flüchtlinge und andere migrierende Personen, die inhaftiert wurden oder deren persönliches Eigentum beschlagnahmt wurde, vor nationalen Gerichten erfolgreich Rechtsmittel eingelegt und finanzielle Entschädigung eingefordert haben. Regierungen und NROs sollten solche Initiativen im Rahmen der Möglichkeiten, die die Gesetzgebung der verschiedenen europäischen Länder bietet, erleichtern und unterstützen. Angesichts des begrenzten Wissens und der eingeschränkten Rechtsprechung zu diesem Thema wird sich die Kampagne bemühen, weitere Untersuchungen durchzuführen und die Ergebnisse anschließend der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Kampagne konzentriert sich in erster Linie auf die Rechte und das Wohlergehen von flüchtenden und migrierenden Menschen. Gleichzeitig beklagt die Kampagne aber auch die Kriminalisierung und strafrechtliche Verfolgung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Privatpersonen, die diese Menschen unterstützen. Sie erkennt die moralische Verpflichtung an, die Rechte von Menschen in Not zu schützen und ihren Bedürfnissen gerecht zu werden, und lehnt die Vorstellung ab, dass diese Verpflichtung auf der Grundlage nationaler Gesetzgebung missachtet werden kann.

### **Sichere Wege**

Die Kampagne ist überzeugt, dass die Gefahren und brutalen Praktiken, denen Menschen ausgesetzt sind, die versuchen, auf dem See- oder Landweg nach Europa zu gelangen, durch die Einrichtung sicherer, legaler und organisierter Routen erheblich verringert werden könnten. Sie fordert daher die Staaten und andere relevante Akteure auf, das Potenzial und die Modalitäten für die Einrichtung solcher Routen zu prüfen, einschließlich staatlicher und von der Gemeinschaft unterstützter Umsiedlungs- und Evakuierungsprogramme sowie Initiativen zur Familienzusammenführung, Arbeitsmobilität und Bildungsstipendien. Solche Wege nach Europa werden dringend benötigt, nicht nur um die Risiken für die Menschen auf ihrem Weg in die Region zu verringern, sondern auch um ihre Aufnahme und Integration nach ihrer Ankunft zu unterstützen.

Die Kampagne begrüßt das wachsende Interesse europäischer und anderer Staaten an sicheren Routen, weist aber darauf hin, dass solche Initiativen in der Regel nur von begrenzter Reichweite sind und häufig auf "Pilotprojekten" beruhen, ohne dass ihre Ausweitung oder Fortsetzung garantiert ist. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Einrichtung sicherer Routen in die Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik der europäischen Staaten zu integrieren.

Die Kampagne ist sich bewusst, dass die Einrichtung sicherer Routen, insbesondere wenn sie in bescheidenem Umfang erfolgt, nicht verhindern kann, dass Menschen auf irreguläre und gefährliche Weise nach Europa einreisen. Die Kampagne macht daher darauf aufmerksam, dass die Staaten Systeme und Verfahren aufrechterhalten müssen, die es ermöglichen, die Fälle von Menschen, die auf diese Weise nach Europa kommen, auf faire und wirksame Weise zu unterscheiden. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um zu verhindern, dass Staaten Asylanträge als "unzulässig" einstufen, weil die betreffenden Personen irregulär eingereist sind und somit die Warteschlange der sicheren Wege übersprungen haben.

### **Menschenschmuggel und Menschenhandel**

Die Kampagne verurteilt die ausbeuterischen Praktiken des Menschenschmuggels und Menschenhandels. Gleichzeitig erkennt sie an, dass der Menschenschmuggel zugenommen hat, weil Staaten ihre Grenzen gegenüber Opfern von Verfolgung und bewaffneten Konflikten geschlossen haben, ihnen keine sicheren und legalen Einreisewege nach Europa bieten und viele Möglichkeiten für kurzfristige Aufenthalte beschränken, die zuvor Menschen aus anderen Kontinenten offen standen.

Während die Staaten die Vorstellung verbreiten, dass Menschenschmuggel und -handel ausnahmslos von großen, transnationalen und hochprofitablen kriminellen Banden organisiert werden, erkennt die Kampagne an, dass an irregulärer grenzüberschreitender Mobilität oft auch staatlicher Akteure beteiligt sind, darunter korruptes Personal aus Regierung, Grenzschutz, Polizei und Militär. Die Kampagne beklagt auch, dass Politik und Medien die

Begriffe "Menschenschmuggel" und "Menschenhandel" austauschbar verwenden, und fordert sie auf, die rechtlichen Definitionen dieser Phänomene, wie sie in den Palermo-Protokollen festgelegt sind, zu beachten.

Die Kampagne bedauert die Missbräuche und Menschenrechtsverletzungen, die von den für Menschenschmuggel und Menschenhandel verantwortlichen Personen und Personengruppen begangen werden. Gleichzeitig ist sie davon überzeugt, dass deren Aktivitäten die natürliche Folge einer Situation sind, in der Tausende von Menschen aufgrund von bewaffneten Konflikten, Verfolgung, Klimawandel und Not gezwungen sind, Grenzen zu überqueren, ohne die Möglichkeit zu haben, dies auf legale Weise zu tun. Ohne sichere und menschenwürdige Migrationsmöglichkeiten und ohne umfassende Aktionspläne zur Beseitigung der Ursachen von Vertreibung werden Bemühungen zur Unterbindung von Menschenschmuggel und Menschenhandel kaum erfolgreich sein.

Anfragen zu diesem Leitfaden oder zur Kampagne im Allgemeinen richten Sie bitte an [contact@against-inhumanity.org](mailto:contact@against-inhumanity.org)

27. November 2023